

## A2 Mehr Leben auf dem Land! – Bündnisgrüne Forderungen für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik

Gremium: LAG FREI, LAG Landwirtschaft und Naturschutz

Beschlussdatum: 27.01.2017

Tagesordnungspunkt: 4. Landwirtschaft und Naturschutz

1 Vor über 50 Jahren wurde Europas gemeinsame Agrarpolitik (GAP) begründet, um  
2 eine stabile Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Bis heute  
3 ist sie der einzige Politikbereich der EU, der vollständig gemeinschaftlich  
4 finanziert wird. Deshalb wird seit jeher ein großer Teil des EU-Haushalts für  
5 diesen Bereich verwendet. Die bisherige Agrarpolitik zeigt aber erhebliche  
6 Auswirkungen auf das dörfliche Leben, auf den Naturhaushalt, auf den  
7 Biotopschutz, den Klimawandel und den Artenreichtum in unserer agrarisch  
8 geprägten Kulturlandschaft. Hier muss es eine Umorientierung geben. Das fordern  
9 seit Jahren auch mehrere Sachverständigenräte.

10 Im EU-Haushalt entfallen jährlich knapp 60 Milliarden Euro auf die GAP. Die zwei  
11 Säulen der GAP verfolgen dabei gegenläufige Ziele: Die 1. Säule besteht aus  
12 Direktzahlungen, die als pauschale Flächenprämie mit 70% der GAP-Mittel, also  
13 etwa 45 Milliarden Euro, Bodenbesitz belohnt. Da es sich lohnt, möglichst große  
14 Flächen zu bewirtschaften, fördert die flächengebundene Zahlungen die  
15 Industrialisierung der Landwirtschaft. Ein großes Problem besteht bereits darin,  
16 dass die Gelder als Pacht einfach an die Grundbesitzer fließen, ohne dass die  
17 Landwirte davon profitieren.

18 Die Ziele des „Greenings“ (Begrünung) im Rahmen der letzten GAP-Reform 2013  
19 wurden insgesamt verfehlt. Die Kriterien, an die die Direktzahlungen gebunden  
20 werden sollten, sind durch die Verhandlungen im EU Ministerrat auch mit  
21 Unterstützung der deutschen Bundesregierung systematisch unterlaufen worden, so  
22 dass sie keine Lenkungswirkung entfalten können. Sie erbringen damit auch keinen  
23 gesellschaftlichen Nutzen.

24 Es muss deutlich gesagt werden, dass die EU – Agrarpolitik nicht allein von der  
25 EU-Kommission oder dem Europäischen Parlament, sondern maßgeblich von den  
26 Mitgliedstaaten bestimmt wird. Die Europäische Kommission und insbesondere das  
27 Europäische Parlament haben zahlreiche Initiativen unternommen, bessere  
28 Umweltqualitätsstandards in die Förderpolitik einzuziehen. Das wurde regelmäßig  
29 von den Regierungen der Länder unterlaufen, auch von der Bundesregierung und der  
30 Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Ein besseres Greening wäre nach den  
31 gegebenen EU - Förderrichtlinien durchaus möglich, müsste allerdings durch das  
32 Bereitstellen der Kofinanzierungsstrukturen durch das Land politisch gestützt  
33 werden. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall.

34 Die Landesregierung, die über den Bundesrat und die  
35 Landwirtschaftsministerkonferenz an den Entscheidungen über die Ausrichtung der  
36 europäischen Agrarpolitik beteiligt ist, hat bisher dagegen nichts unternommen.  
37 Masse statt Klasse bleibt das Credo der Landespolitik. Absatzkrisen,  
38 Konzentrationen, Arbeitsplatzvernichtung, prekäre Arbeitsverhältnisse,  
39 Landflucht und allgemeine Perspektivlosigkeit in den Dörfern sind die Folgen.  
40 Das muss sich ändern! Wir brauchen eine Neuausrichtung der europäischen  
41 Agrarpolitik. Dazu werden jetzt in Brüssel und im Bund gerade die Weichen

42 gestellt. Wir haben klare Forderungen, was sich ändern muss, damit Mensch und  
43 Natur auf dem Land wieder eine gute, lebenswerte Perspektive bekommen.

44 Bei der bevorstehenden Halbzeitbewertung der Europäischen Agrarpolitik, im  
45 Rahmen des gegenwärtigen Konsultationsprozesses der EU-Kommission zu deren  
46 künftiger Ausgestaltung und bei den 2017 beginnenden Verhandlungen über den EU-  
47 Haushalt für die kommende Förderperiode fordern wir die Landesregierung  
48 Mecklenburg – Vorpommern auf, sich konsequent für eine Neuausrichtung der  
49 europäischen Agrarförderung einzusetzen.

50 Wir fordern von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern:

51 1. dass zur Halbzeitbewertung die vollen 15 Prozent von der 1. Säule der EU-  
52 Agrarförderung in die zweite Säule umgeschichtet werden. Damit kämen ab 2019  
53 jährlich zusätzlich 525 Millionen Euro allein in Deutschland einer besseren  
54 Landwirtschaft und gutem Essen zugute – so, wie die Mehrheit der Bürger\*innen es  
55 sich wünscht. Wir fordern eine Deckelung der Flächenprämie und die gezielte  
56 Umschichtung in ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung.

57 2. die Vorbereitung des mittelfristigen Ausstiegs aus dem bisherigen  
58 Säulenmodell und das Einleiten eines Umstiegsszenarios der bisherigen  
59 Mittelvergabe mit dem Ziel einer an öffentlichen Leistungen orientierten  
60 Förderung der Landwirtschaftsbetriebe. Leitbild muss der ökologische Landbau  
61 sein. Mit den Zahlungen werden so Ökosystem-Dienstleistungen und die Schaffung  
62 von qualifizierten Arbeitsplätzen honoriert. Beginnend 2020 soll spätestens 2034  
63 die Agrarförderung umgestellt sein.

64 3. dass während der Übergangszeit Betriebe mit geringeren Standards gestaffelt  
65 entsprechend weniger Geld erhalten. Diese Standards sollen sich aus einfachen  
66 und leicht überprüfbaren Betriebsfaktoren ergeben, z.B. Weidehaltung,  
67 ausschließlich organische Düngung, Mindestfruchtfolge und Anzahl der  
68 Arbeitsplätze. Dadurch wird auch der bürokratische Aufwand verringert.  
69 Ökologischer Landbau muss Leitbild der europäischen Agrarpolitik und  
70 Prämienstandard für die Vergabe öffentlicher Gelder werden!

71 4. die Umstellung der Förderung zu tiergerechten Haltungssystemen muss durch  
72 transparente Standards festgelegt werden. Landwirte und ihre Partner in der  
73 Zivilgesellschaft sind dabei einzubeziehen. Die Tierhaltung muss an die vorhandenen  
74 regionalen Futterflächen gebunden werden.

75 5. die Sicherung und den Wiederaufbau von Biodiversität in der Agrarlandschaft.  
76 Besondere Naturschutzleistungen, die Förderung benachteiligter Gebiete sowie  
77 besondere Maßnahmen zur Landschaftspflege benötigen zusätzlich besondere  
78 Fördermodule, die sowohl für den Ökolandbau als auch für andere Standards den  
79 Betrieben angeboten werden sollen.

80 6. eine besondere Förderung der Entwicklung lokaler und regionaler  
81 Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen u.a. durch Verknüpfungen mit dem  
82 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Förderung der Schaffung  
83 von qualifizierten Arbeitsmöglichkeiten durch Verknüpfung mit den Mitteln aus  
84 dem Europäischen Sozialfonds (ESF) einzuführen. Dazu bedarf es einer  
85 einheitlichen ressortübergreifenden Förderstrategie für den ländlichen Raum. Das  
86 Instrument LEADER zur Förderung der ländlichen Infrastrukturen benötigt mehr  
87 Transparenz, Entbürokratisierung und eine bessere Partizipation neuer,  
88 innovativer Akteure.

89 7. die EU-Agrarförderung muss weg von ihrer Exportorientierung, hin zu einer  
90 Binnenorientierung in Europa, die Produzierende, Vermarktende, Verbraucher\*innen  
91 sowie zivilgesellschaftliche Organisationen vereint. Die Souveränität der  
92 Landwirtschaft in den Entwicklungs- und Schwellenländern darf nicht untergraben  
93 werden. Die bisherige starke Exportorientierung bei Milch, Fleisch, Eiern u.a.  
94 führt nicht nur zu erhöhter Klimabelastung, sondern zerstört auch die Märkte in  
95 den ärmeren Ländern der Welt.

96 8. neben der Qualifizierung der Betriebe und den Aufbau neuer  
97 Vermarktungsstrukturen muss eine verbraucher\*innenfreundliche Politik Kern einer  
98 neu ausgerichteten Agrarpolitik sein. Verbraucher\*innen müssen sich auf eine  
99 klare Kennzeichnung und Transparenz im Herstellungsprozess verlassen können, um  
100 mit ihrem Einkauf Politik machen und die Agrarwende unterstützen zu können. In  
101 diesem Kontext sollen auch die Konzepte umgesetzt werden, die gesunde,  
102 biologisch-saisonale und regionale Ernährung für alle verfügbar machen. Daher  
103 muss die GAP stärker die Instrumente der Marktordnung, des Ordnungsrechts und  
104 einer fairen Handelspolitik konsistent miteinander verbinden, damit sie diese  
105 Lenkungswirkung entfalten können.

106 9. Eine neue europäische Agrarpolitik muss weg von der alleinigen  
107 Ertragsorientierung und Profitmaximierung. Sie muss zu einem Instrument der  
108 Mitverantwortung für die ländliche Strukturpolitik weiterentwickelt werden. Dazu  
109 benötigt es integrierte Ansätze, die Einbeziehung der lokalen und regionalen  
110 Akteure und eine anspruchsvolle wissenschaftliche Begleitung.

111 Es bedarf eines neuen politischen Willens, auf Landes- Bundes- und Europaebene.  
112 Wir wollen wieder mehr Leben ins Dorf bringen. Dafür stehen wir!

## Begründung

Derzeit ist eine Landwirtschaft in der EU ohne Subventionen nicht zu betreiben. Es bedarf allerdings stärker der Vergütung von Gemeinwohlleistungen mit öffentlichen Geldern, um das Ziel einer Ökologisierung und Qualifizierung der Landwirtschaft zu erreichen. In einer Politik unter dieser Prämisse kann die klassische Agrarförderung als unkonditionierte Einkommenssicherung nicht erhalten bleiben. Öffentliche Gelder sollen an Landwirte grundsätzlich nur für öffentliche Maßnahmen wie für die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen, für Landschaftspflegemaßnahmen oder für den Erhalt der biologischen Vielfalt vergeben werden. Da derzeit die 1. Säule für die Mehrheit der Betriebe etwa die Hälfte des Einkommens und in einigen Regionen unseres Landes sogar die größte Einkommensquelle darstellt, muss der Abbau direkter, unkonditionierter Subventionen ohne Strukturbrüche mittelfristig geplant werden.

Trotz mehrfacher Reformen der EU-Agrarpolitik hat sie weiterhin keine Steuerungswirkung hin zu einer umweltgerechten, nachhaltigeren Agrarpolitik, sondern fördert nach wie vor anachronistisch agrarindustrielle Bewirtschaftungsmethoden und damit den industriellen Strukturwandel in der Landwirtschaft mit verheerenden Auswirkungen auch in Mecklenburg-Vorpommern: Milchkrise, Höfesterben, Arbeitsplatzvernichtung, steigende Schadstoffbelastungen, „land grabbing“ für Finanzinvestoren und zunehmende Ausräumung der Landschaft. Das jetzige Agrarsystem bedingt nicht nur den Verlust der Artenvielfalt durch Monokulturen und Pestizide, die Verseuchung von Böden und Trinkwasser, eine klimaschädliche Bewirtschaftungsweise, sondern führt auch zu Entvölkerung des ländlichen Raumes. Es bietet viel zu wenig wirtschaftliche Perspektiven für Ökobetriebe, regionale Verarbeitung und Vermarktung, eine funktionierende ländliche Infrastruktur und Arbeits- und Lebensmöglichkeiten gerade für junge Menschen im ländlichen Raum.

Während des Umstiegs auf ein nachhaltiges Agrar- Umwelt - und Ernährungssystem müssen gerade kleinere Betriebe unterstützt werden, um Strukturbrüche in diesem Sektor zu vermeiden. Es sollten im Rahmen eines Umstiegs von Anfang an solche Gemeinwohlleistungen vergütet werden, die kleinere Betriebe leicht erbringen können. Wenn beispielsweise die Bewirtschaftung kleinerer Flächen die biologische Vielfalt und den Artenreichtum erhält, diese Leistung kleinere Betriebe im Gegensatz zu größeren leichter erbringen und sie ihnen vergütet wird, stärkt sie das im Wettbewerb.

Durch den Brexit und andere haushaltspolitische Zielstellungen stellen sich spätestens ab 2020 andere finanzielle Rahmenbedingungen im Haushalt der Europäischen Union. Es gilt, Mittel für die Landwirtschaft zu sichern, indem diese an konkrete gesellschaftliche und ökologische Leistungen gekoppelt werden. Sie können genutzt werden, um bestehende Umwelt- Natur- und Tierschutzziele, einen verbesserten Verbraucher\*innenschutz sowie positive Arbeitsmarkteffekte zu erreichen und den Landwirten weiterhin auch Einkommenschancen zu sichern.

Die zahlreichen Umweltziele der Europäischen Union können nur erreicht werden, wenn die GAP gezielt auf eine Ökologisierung der Landwirtschaft konzentriert wird und die Finanzmittel entsprechend vergeben werden. Hierzu zählt auch, wirkungsvolle Agrarumweltmaßnahmen zu entwickeln, die tatsächlich zur Erreichung der Klima- und Biodiversitätsziele der EU beitragen und nicht überwiegend Mitnahmeeffekte generieren. Teile der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen von Natura 2000 - Gebieten sollten mithilfe der Landwirtschaft umgesetzt werden. Es ist sicherzustellen, dass die Finanzierung der Natura 2000 – Umsetzung eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Viel wäre auch gewonnen, wenn bei der Neuordnung der Agrarpolitik die Bürokratie für Bauern und Agraradministration geringer würde. Das jetzige Greening und seine vielen Ausnahmen haben zu einem bürokratischen Overkill für die Bauern und die Verwaltung geführt. Zur Erfüllung der eigentlichen Zielstellungen hat es aber wenig beigetragen.

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Johannes Kalbe (KV Rostock)